

Es war der Jerusalem-Tag am 10. Mai, an dem die Hamas damit begann, Israels Zivilbevölkerung wahllos und unprovokiert mit einem intensiven Raketenhagel zu überziehen. Und das auf Geheiß Teherans. Vorausgegangen war der Konfrontation eine monatelange Hetzkampagne durch die Palästinensische Autonomiebehörde und deren Unterorganisation Fatah, sowie durch die Hamas. Im Vorfeld der angesetzten Wahlen in den palästinensischen Gebieten gab es einen erbittert geführten innerpalästinensischen Konflikt. Jeder der beiden Hauptkontrahenten Fatah und Hamas reklamierte dabei für sich den Status als „Verteidiger von Al-Aksa“.

PA-Präsident Abbas sagte bereits vor der Konfrontation die Wahl aufgrund einer drohenden Niederlage gegen die Hamas ab. Dabei fand er einen spitzfindigen Grund, Israel den schwarzen Peter zuzuschieben: Die abgelehnte Forderung nach palästinensischen Wahllokalen in Ostjerusalem. Zwar gegen den Wortlaut der Osloer Verträge, aber ohnehin nur taktisches Manöver. Die Hamas wiederum nutzte die angespannte Lage dazu, Einfluss und Hetzpotential unter Palästinensern und israelischen Arabern bis hin zu pogromartigen Zuständen in israelischen Städten auszubauen. Sie versuchte im Medienkrieg Israel international zu diskreditieren und unterzog Israels Verteidigungssysteme einem Härte-test. Der heutige Konflikt liefert Erkenntnisse und Daten für die Planung des morgigen – so die Logik der Gaza-Terroristen und ihrer Strippenzieher vom iranischen Regime.

Während der 11-tägigen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen der Hamas und Israel schossen Terroristen mehr als 4300 Raketen auf Israel ab. 12 Menschen in Israel wurden getötet, hunderte verletzt und Millionen Israelis verbrachten Stunden und Tage in Bunkern. In einem etwas missglückten ersten Tweet appellierte der deutsche Außenminister Maas an „beide Seiten“, weitere zivile Opfer zu vermeiden. Damit suggerierte er ein Gleichgewicht zwischen terroristischen Angriffen und Akten der Selbstverteidigung. Im weiteren Verlauf des Konfliktes stellte sich die Bundesregierung dann aber mit wünschenswerter Klarheit an die Seite Israels. Zitat Regierungssprecher Steffen Seibert: „An einem Tag wie heute ist unsere Haltung sehr klar: Die terroristischen Raketenangriffe auf Israel müssen aufhören.“ Er betonte zudem das wichtige Prinzip von Ursache und Wirkung. Israel, das von Deutschen und Europäern sonst eher belehrende Untertöne und Doppelmoral gewohnt ist, nahm Notiz von der klaren Unterstützung für das israelische Recht auf Selbstverteidigung. Eigentlich reine Selbstverständlichkeit, im Falle Israels aber eben leider doch nicht.

Maas positionierte sich bei seinem Solidaritätsbesuch in Israel noch während der Kampfhandlungen wiederum unmissverständlich auf der Seite der israelischen Freunde. Deutsche Diplomaten in der UNO stimmten indes gegen eine einseitige Resolution, die allein Israel für den Konflikt verantwortlich sah und den initialen Raketenbeschuss der Hamas geflissentlich ignorierte.

Bei aller Anerkennung echter deutscher Bemühungen bleiben zwei Wermutstropfen: Zum einen die fortwährende Unterstützung des Hilfswerkes für Palästina-Flüchtlinge, UNRWA, in dessen Schulen trotz anderslautender Beteuerungen eben doch Hass und Hetze in Schulbüchern kolportiert wird und deren Gebäude von der Hamas auch in diesem Konflikt als Schutzschild gebraucht worden sind. Dass die Hamas die Geschicke der UNRWA in keinem geringen Maße zu beeinflussen vermag, wurde deutlich, als der deutsche Gaza-Direktor der UNRWA, Matthias Schmale, auf Druck der Hamas den Gazastreifen verlassen musste: Er hatte in einem Interview des israelischen Fernsehens zum Unmut der Terroristen die Präzision israelischer Angriffe und die Absicht der Vermeidung ziviler Opfer hervorgehoben.

Der zweite Wermutstropfen besteht in der zugesicherten „humanitären Wiederaufbauhilfe für Gaza“. Dabei muss jeder objektive Beobachter davon ausgehen, dass zumindest ein Teil als direkte Unterstützung für die Hamas enden wird.

Was für Erkenntnisse bleiben uns nach dem 11-tägigen Scharmützel? Ein wackeliger Waffenstillstand, der wohl nicht lange halten wird. Schon jetzt gibt es wieder Säbelrasseln. Die Gewissheit, dass die Tage von Abbas und der Fatah gezählt sind – auf der palästinensischen Straße hat längst die Hamas das Sagen. Hoffentlich ist der Westen klug genug, nicht zuzulassen, dass diese nach einer palästinensischen Aussöhnung und der damit einhergehenden Hamas-Übernahme die Fatah als moderates Deckmäntelchen für ihren Terror verwendet.

Wie bereits 2014 zeigte sich auch in diesem Konflikt wieder das enorme antisemitische Potential von Antizionismus und Israelkritik: Bundes-, europa- und weltweit wurden antisemitische Sprechchöre, Forderungen und Slogans skandiert – hauptsächlich von Mitgliedern der muslimischen Gemeinschaft und von linken Antisemiten. Wenn der jüdische Staat sich verteidigt, sind Juden in der Diaspora ihres Lebens nicht mehr sicher. Wenn sich das in Deutschland ändern soll, braucht es eine stärkere Verzahnung von Außen-, Innen- und Migrationspolitik, die weit über das bisherige Maß hinausgeht. Dazu ist eben der politische Wagemut nötig, den wir so gern von den Israelis fordern. So nahe geht uns der Nahe Osten mittlerweile.

Ein herzliches Grüß Gott und Shalom aus Berlin!